



Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

Dr. Gerhard Hopp, Martin Wagle, Alex Dorow, Karl Freller, Sebastian Friesinger, Andreas Kaufmann, Peter Wachler CSU

Ländliche Räume und Regionen in der EU weiter stärken!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass der EU-Haushalt aufgrund des Angriffs Russlands auf die Ukraine und zahlreicher Herausforderungen – wie etwa in Bezug auf humanitäre Unterstützung und Grenzmanagement – starken Belastungen ausgesetzt ist. In Anbetracht dessen befürwortet der Landtag den Status des mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027.

Es ist jedoch auch zukünftig sicherzustellen, dass neue Schwerpunktsetzungen im EU-Haushalt nicht auf Kosten der übergeordneten und fest verankerten Förderprogramme der Struktur- und Kohäsionspolitik, die insbesondere zur Stärkung der ländlichen Räume beitragen, vorgenommen werden. Gerade Regionen müssen die anstehenden Herausforderungen in Sachen Innovation, Digitales, Wettbewerbsfähigkeit und Klima im Sinne der Bürgerinnen und Bürger tatkräftig gestalten. Sie benötigen daher auch künftig ausreichende Mittel und Befugnisse, um die Struktur- und Kohäsionspolitik ortsnahe und bedarfsgerecht umsetzen zu können.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, sich auf Bundesebene und europäischer Ebene weiterhin für die Finanzhoheit der Länder bei der Allokation und Ausgestaltung der Förderungen und Programme der Struktur- und Kohäsionspolitik einzusetzen.

Begründung:

Strukturelle Veränderungen in allen europäischen Regionen sind drängendere Aufgaben denn je. Die Politik der EU muss damit einhergehend noch deutlicher darauf abzielen, zu gewährleisten, dass sämtliche Gebiete die vielschichtigen gesellschaftlichen Probleme bewältigen können. Unterstützung ist nicht nur in wirtschaftlich schwächeren Gebieten von enormer Bedeutung.

Die EU-Kohäsions- und Strukturpolitik ist diejenige Investitionspolitik, die spezifisch auf die regionale Ebene ausgerichtet ist und deshalb auch außerordentliche Wichtigkeit für Bayern hat. Dabei sind Win-Win-Situationen in den Vordergrund zu stellen – also etwa gemeinsame Ziele zwischen urbanen und ländlichen Räumen, um möglichst gleichwertige Lebensverhältnisse im Freistaat zu erreichen. Bayern braucht starke und attraktive ländliche Räume ebenso wie leistungsfähige und effiziente Zentren.

Bayern sendet damit ein wichtiges Signal für ein starkes Europa der Regionen.